

Presseinformation

Der Piratenpartei Deutschland Landesverband Bayern



Piratenpartei - die Gedanken sind frei

Wir sind eine taufrische Partei, die sich mit den entscheidenden Themen des 21. Jahrhunderts beschäftigt, statt im Einheitsbrei politischer Themen des vergangenen Jahrtausends zu fischen. Wir kämpfen für das Recht auf Privatsphäre im Angesicht von Sicherheitshysterie und Überwachungsfetisch.

Statt gläsernem Bürger fordern wir gläserne Verwaltung. Weiterhin forcieren wir die Modernisierung des Urheberrechtes im Sinne der digitalen Kopie. Wir stemmen uns gegen innovationsfeindliche Elemente des Patentsystems: keine Patente auf Gene, Pflanzen oder Software.

Monopole auf Kommunikation verhindern die Entfaltung des digitalen Zeitalters: Weg damit!

Wer die Freiheit nicht fordert, dem wird sie genommen

Dem gut informierten Bürger wird es nicht entgangen sein: Die Bundesregierung, allen voran Justizministerin Frau Brigitte Zypries, drängt auf die baldige Umsetzung der von der EU geforderten Vorratsspeicherung aller Kommunikations-Verbindungsdaten.

In der verabschiedeten Richtlinie wird eine Speicherung der Kommunikation aller EU-Bürger von mindestens 6 Monaten gefordert. Strafverfolgern, europäische Geheimdiensten und Geheimdiensten verbündeter Staaten wie der USA würde mit einer Umsetzung in nationales Recht ein intimer Einblick in das Kommunikationsverhalten gewährt.

Dies schliesst Email, Handy, Festnetz, Voice-over-IP und andere Kommunikationsnetze ein. Abgesehen von der generellen Tragweite und zweifelhaften Verfassungsmäßigkeit dieser Richtlinie geht sie nicht auf den Schutz von Berufsgeheimnisträgern wie Richtern, Ärzten oder Journalisten ein.

Geschichte der Piraten

Als Piratenpartei bezeichnen sich in verschiedenen Ländern gegründete Parteien, die sich für eine Reformierung des Urheber- und Patentrechts, Datenschutz, Informationsfreiheit und ähnliche Themen einsetzen:
Anfang 2004 wird der BitTorrent-Tracker The Pirate Bay von der schwedischen Anti-Copyright-Organisation Piratbyrån gegründet.

- Am 1. Januar 2006 gründet sich in Schweden die Piratpartiet.
- Am 31. Mai 2006 wurden, im Zuge der Polizeiaktion die Server der Pirate Bay beschlagnahmt. Was einen weltweiten Fokus auf die Aktion und deren Hintergründe richtet.
- Am 24. August wurde der Film Steal This Film veröffentlicht.
- Am 31. Juli 2006 gegründet sich die Piratenpartei Österreichs und am 10. September 2006 fand die Gründungsversammlung der Piratenpartei Deutschland mit 53 Teilnehmern in der Berliner c-base statt.

Inhalt

1. Geschichte
2. Interview
3. Urheberrecht
4. Privatsphäre/
Datenschutz
5. Patentwesen
6. Transparenz/
Staatswesens
7. Open Access
8. Infrastruktur-
monopole
9. Pressepiegel
10. Parteiprogramm

Piratenpartei International

1. Australien
2. Belgien
3. Brasilien
4. Frankreich
5. Großbritannien
6. Italien
7. Kanada
8. Niederlande
9. Neuseeland
10. Österreich
11. Polen
12. Russland
13. Schweden
14. Schweiz
15. Spanien
16. Südafrika
17. USA

Interview auf einem Blick



Wer sind die PIRATEN? Seit ihr eine Nerd-Partei?

In den Reihen der Piraten findet man hauptsächlich Menschen, die in erster Linie "Computerfreunde" sind. Ein großer Teil zählt sich zu den "Freunden guter Musik" und Menschen, die aufgrund der ausufernden Sicherheitshysterie (u.a.) in Deutschland bei den Piraten ihre Interessen vertreten sehen.

Seit eine Filesharerpartei?

Das verloren gegangene Recht auf Privatkopie ist lediglich eines von sehr vielen Themen, das Menschen dazu bewegt, die Piratenpartei tatkräftig zu unterstützen.

Was sind die Ziele? Wieso ist es nötig eine neue Partei für die Ziele zu gründen?

Das momentane politische Spektrum nimmt sich der Belange der Piraten nicht oder nur ungenügend an. Insbesondere mit dem Ziel des gläsernen Staates dürfte es in den meisten vorhanden Parteien schwer werden, sich genügend Ansehen zu verschaffen, um Umsetzungsmöglichkeiten bekannt werden zu lassen.

Wie sollen diese Ziele umgesetzt werden?

Indem sich mehr Menschen über gewisse Missstände Gedanken machen und sich von der Umsetzbarkeit sowie den Folgen unserer Lösungsansätze überzeugen können.

Nicht zuletzt zwingt ein politisches Wirken als Partei die etablierten Parteien, sich unserer Themen anzunehmen, falls sie keine Wähler an die Piraten verlieren wollen. So waren auch zum Beispiel die Grünen erfolgreich, lange bevor sie Sitze im Bundestag hatten, indem keine Volkspartei um das Thema Umwelt herumkam.

Wer sind die Zielgruppe und Wählerschaft?

Während sich die großen Parteien zunehmend angleichen, bieten die Piraten die Möglichkeit, echte Akzente für mehr Freiheit, mehr Bürgerrechte und mehr Staatstransparenz zu setzen.

Warum ist Datenschutz so wichtig? Ist doch toll, dass Verbrecher durch mehr Überwachung schneller gefasst und sogar an der Verübung von Verbrechen gehindert werden können, oder nicht?

...nur solange eben diese Überwachung nicht weitere Verbrechen ermöglicht.

Sind Städte in denen mehr Überwachung herrscht nicht sicherer?

Ja, ABER man darf die Verhältnismäßigkeit nicht aus den Augen verlieren. Jeden Menschen in Gummizellen zu sperren, würde zum Beispiel über 10.000 Suizide im Jahr in Deutschland vermeiden. Wäre das deshalb eine gute Idee? Ebenso, wie 80 Mio. Gummizellen Nachteile haben, hat die sich etablierende totale Überwachung massive Nachteile für jeden einzelnen Bürger. Und sie steht bisher keinen 50 Todesopfern durch Terrorismus in 20 Jahren gegenüber, die allesamt auch ohne totale Überwachung juristisch aufgearbeitet werden könnten.

Was ist verkehrt an Überwachung? Wer nichts falsch macht, hat doch nichts zu befürchten.

Überwachung beeinflusst unser Handeln und erzeugt Druck. Wer seine Gefühle vor laufender Kamera nicht ausdrücken kann, spürt diesen Druck als Einschränkung seiner Freiheit. Totale Überwachung in den falschen Händen bedroht unsere Demokratie stärker, als der angeblich durch sie verhinderte internationale Terrorismus.

Durch was schafft man Sicherheit, wenn nicht durch Überwachung?

Den Piraten ist es wichtig, das Gefühl der Sicherheit, der tatsächlichen Situation anzupassen. Deutschland hat lediglich in den Köpfen der Menschen ein Sicherheitsproblem. Den PIRATEN liegt daran, die Ursachen von Terror und Verbrechen, also soziale Probleme und Fanatismus, anstelle der Symptome, wie Anschläge in Madrid und New York zu bekämpfen.

Warum muss das Urheberrecht geändert werden?

Weil es nicht mehr zeitgemäß und in hohem Maße fehlgeleitet ist. Es berücksichtigt stärker Verwerter als Kunstschaffende und Kunstliebende

Was wollen die PIRATEN?

Die Piratenpartei Deutschland verfolgt das Ziel, künstliche Monopole abzubauen und den gläsernen Staat statt des gläsernen Bürgers zu schaffen. Die PIRATEN sind überzeugt, dass dies die Voraussetzung ist, um eine moderne und freie Informations- und Wissensgesellschaft für Deutschland und ganz Europa zu ermöglichen. Hieraus ergeben sich die im Grundsatzprogramm festgelegten Kernthemen der politischen Arbeit: Das Urheberrecht, das Patentrecht und der Komplex Datenschutz/Privatsphäre/Staatstransparenz. Nach unserer Überzeugung wird das Umsetzen unserer Forderungen einen befreienden und stimulierenden Einfluss auf die gesamte Wirtschaft und Gesellschaft haben.

Das Urheberrecht

Es ist unser Ziel, das Urheber- und Verwertungsrecht an die Gegebenheiten der modernen Gesellschaft anzupassen. Die Digitalisierung von Inhalten sowie die weitgehende Vernetzung ermöglichen es mittlerweile, Inhalte ohne Qualitätsverlust zeitnah weltweit zu verbreiten und jedermann zugänglich zu machen. Dies eröffnet den Urhebern künstlerischer Werke viele neue Chancen, wirft aber auch neue Fragen in Bezug auf die Vergütung dieser Werke auf.

Neue Vertriebswege

Heutzutage ist es für Künstler sehr einfach, ihre Werke in Eigenregie zu produzieren, einem breiten Publikum bekannt zu machen und zu vertreiben. Auf Grund des bestehenden Ungleichgewichts des Urheberrechts zu Gunsten der Verwertungsgesellschaften ist diese dezentrale Distribution erheblich erschwert. Die Verwertungsgesellschaften nutzen ihre monopolartige Stellung, um die Rechte des Urhebers an seinen eigenen Werken zu beschneiden. So müssen z.B. Musiker, die auf ihrer Webseite eigene Stücke zum Download anbieten oder auch nur Eigenkompositionen aufführen wollen, dafür Gebühren an die GEMA abführen. Rechte für neue Vertriebswege werden gemäß der Urheberrechtsnovelle automatisch an die Verwertungsgesellschaft übertragen. Diese Entwicklung sehen wir als unnötiges Hindernis für eine freie Entfaltung der kunstschaffenden Gesellschaft sowie als grundlose Bereicherung eines Dritten an, was im Sinne der Förderung kultureller Vielfalt und Barrierefreiheit geändert werden muss.

Neue Kulturtechniken

Infolge des Internets beinhaltet die gesellschaftliche Evolution eine Annäherung zwischen Produzenten und Konsumenten gemeinsamer Kulturobjekte. Die Remix-Kultur, individuelle Zusammenstellungen und die häufige Wiederverwendung sind dieser Entwicklung immanent.

Historisch gewachsene Verwertungsgesellschaften haben mit diesem Prozess nicht Schritt gehalten. Beispielsweise die GEMA: Die Unterteilung in E- und U-Musik ist nicht mehr zeitgemäß; anstelle von standardisierten Abläufen ist zeitgemäßes Kulturschaffen geprägt von breit gefächerten Produktionsmethoden und Effizienzsteigerungen durch Nutzung vorhandener Kultur.

Die Novellierung des UrhR

Auch die teilweise umgesetzten und geplanten Änderungen im UrhR stellen keine befriedigende Lösungen dar und beschneiden die Persönlichkeitsrechte nicht nur des Urhebers, sondern auch des Nutzers. Das in §53 UrhG festgeschriebene Recht auf Privatkopie wurde bereits mit der 2003 verabschiedeten Novelle des UrhG massiv eingeschränkt und erfährt mit dem seit 2004 in Arbeit befindlichen "2. Korb", der unter anderem den Tausch von Die neuste Entwicklung sind Geräte (z.B. Microsofts Zune), die selbsterstellte Aufnahmen automatisch derart mit DRM versehen, dass ihr Besitzer sie nur noch stark beschränkt weitergeben kann. Die Möglichkeiten freier Kommunikation durch neue Medien werden auf diese Weise in ihr Gegenteil verkehrt: Publizieren darf man nur noch mit Lizenz. Diese Lizenzkosten kommen bevorzugt großen Verwertungsgesellschaften zugute und verhindern das Vermarkten durch Künstler in Eigenregie.

Urheberrechtlich geschütztem Material über P2P-Netzwerke zur Straftat erklärt, endgültig den Todesstoß. Die ursprünglich

geplante "Bagatellklausel", die eine "Kriminalisierung der Schulhöfe" verhindern sollte, wurde im März 2006 per Kabinettsbeschluss gekippt. Damit schießt die Bundesregierung weit über das ursprünglich geplante Ziel - die Anpassung an die EU-Vorgabe - hinaus. Sollte dieser "2. Korb" wie geplant umgesetzt werden, würden Millionen von Bundesbürgern über Nacht zu Kriminellen gemacht.

DRM: Big Brother gegen Meinungsfreiheit

Die geplante Einführung von Maßnahmen zum digitalen Restriktionsmanagement (DRM) funktionieren nur dann, wenn eine lückenlose Überwachung des Nutzers stattfindet. Das Potential des Missbrauchs durch Staat und Wirtschaft ist nicht hypothetisch, sondern durch die jüngste Geschichte belegt.

Bereits technisch ist ein Kopierschutz unmöglich: Das Kopieren ist die elementare Arbeitsweise eines Computers. Ohne Gesetze, die das Modifizieren von Kopierverhinderungsprogrammen untersagen, ist jede derartige Software nutzlos. Eben jene Gesetze dienten aber in der Vergangenheit dem Aufbau monopolartiger Strukturen. Negativer Vorreiter ist hier Apple: Der Branchenprimus des Onlineverkaufs von Musik beschränkt das Abspielen auf Geräte der eigenen Produktlinie.



Privatsphäre und Datenschutz

Der Schutz der Privatsphäre und der Datenschutz gewährleisten Würde und Freiheit des Menschen. Die moderne freiheitlich-demokratische Gesellschaftsform wurde in der Vergangenheit auch unter Einsatz zahlloser Menschenleben erkämpft und verteidigt.

Privatsphäre

Das Recht auf Wahrung der Privatsphäre ist ein unabdingbares Fundament jeder demokratischen Gesellschaft. Die Meinungsfreiheit und das Recht auf persönliche Entfaltung sind ohne diese Voraussetzung nicht zu verwirklichen. Diesem Kommunikationsgeheimnis muss ein starker gesetzlicher Schutz gegeben

werden, da die Obrigkeit wiederholt gezeigt hat, dass sie bei persönlichen Informationen selten wirklich vertrauenswürdig ist.

Speziell eine verdachtsunabhängige Vorratsdatenspeicherung von Kommunikationsdaten widerspricht nicht nur der Unschuldsvermutung, sondern setzt auch die Prinzipien einer freiheitlich Systeme und Methoden, die der Staat zu einem generellen Kommunikationsgeheimnis. Zugriff auf die Kommunikationsmittel oder die Überwachung eines Bürgers darf der Staatsmacht nur im Falle des konkreten Verdachtes, dass dieser Bürger tatsächlich ein Verbrechen begehen wird, erlaubt werden. In allen anderen Fällen hat die Unschuldsvermutung zu gelten, d.h. Staat soll annehmen, seine Bürger

gegen seine Bürger einsetzen kann,

müssen der ständigen Bewertung und genauen Prüfung durch gewählte Mandatsträger unterliegen. Wenn die Regierung Bürger beobachtet, die nicht eines Verbrechens verdächtig sind, ist dies eine fundamental inakzeptable Verletzung des Bürgerrechts auf Privatsphäre. Jedem Bürger muss das Recht auf Anonymität garantiert werden, das unserer Verfassung innewohnt. Die Weitergabe personenbezogener Daten vom Staat an die Privatwirtschaft hat in jedem Fall zu unterbleiben.



Das Briefgeheimnis muss erweitert werden zu einem generellen Kommunikationsgeheimnis. Zugriff auf die Kommunikationsmittel oder die Überwachung eines Bürgers darf der Staatsmacht nur im Falle des konkreten Verdachtes, dass dieser Bürger tatsächlich ein Verbrechen begehen wird, erlaubt werden. In allen anderen Fällen hat die Unschuldsvermutung zu gelten, d.h. Staat soll annehmen, seine Bürger seien unschuldig und eben nicht zu überwachen.

Diesem Kommunikationsgeheimnis muss ein starker gesetzlicher Schutz gegeben werden, da die Obrigkeit wiederholt gezeigt hat, dass sie bei persönlichen Informationen selten wirklich vertrauenswürdig ist.

Speziell eine verdachtsunabhängige Vorratsdatenspeicherung von Kommunikationsdaten widerspricht nicht nur der Unschuldsvermutung, sondern setzt auch die Prinzipien einer freiheitlich demokratischen Gesellschaft ausser

Kraft. Der vorherrschende Kontrollwahn stellt eine weitaus ernsthaftere Bedrohung unserer Gesellschaft dar als der internationale Terrorismus und erzeugt ein Klima aus Misstrauens, Hass und Angst. Flächendeckende Videoüberwachung öffentlicher Räume, fragwürdige Rasterfahndungen, zentrale Datenbanken mit unbewiesenen Verdächtigungen sind Mittel, deren Einsatz wir ablehnen.

Informationelle Selbstbestimmung

Das Recht des Einzelnen, die Nutzung seiner persönlichen Daten zu kontrollieren, muss gestärkt werden. Jeder Bürger muss gegenüber den Betreibern zentraler Datenbanken einen durchsetzbaren und wirklich unentgeltlichen Anspruch auf Selbstauskunft und gegebenenfalls auf Korrektur, Sperrung oder Löschung der Daten haben.

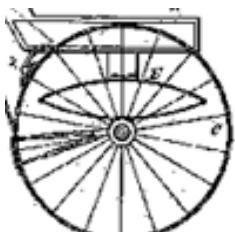
Erhebung und Nutzung biometrischer Daten und Gentes erfordern aufgrund des hohen Missbrauchspotentials eine besonders kritische Bewertung und Kontrolle von unabhängiger Stelle. Der Aufbau zentraler Datenbanken mit solchen Daten muss unterbleiben. Generell müssen die Bestimmungen zum Schutze personenbezogener Daten die Besonderheiten digitaler Daten, wie z.B. deren Langlebigkeit und die schwer zu kontrollierende Verbreitung, stärker berücksichtigen. Gerade weil die Piratenpartei für eine stärkere Befreiung von Information, Kultur und Wissen eintritt, fordert sie Datensparsamkeit, Datenvermeidung und unabhängige Kontrolle von personenbezogenen Daten, die für wirtschaftliche oder Verwaltungszwecke genutzt werden und damit geeignet sind, die Freiheit und die informationelle Selbstbestimmung des Bürgers unnötigerweise zu beschränken.

Patentwesen

Im Wandel vom Industriezeitalter zum Informationszeitalter entwickeln sich die weltweit herrschenden Patentregelungen von einem fragwürdigen Innovationsanreiz zu einem klaren Innovationshemmnis.

Der Versuch, mit althergebrachten Mitteln die Zukunft zu gestalten, wird den grundlegenden Veränderungen in der Welt nicht nur immer weniger gerecht, er stellt auch beispielsweise in den Bereichen der Patentierung von Erkenntnissen der Genforschung und Biotechnologie und im Bereich Software eine große Gefahr für die Gesellschaft dar. Grundsätzlich will die Piratenpartei einen freieren Markt ohne die hinderlichen Beschränkungen der derzeitigen Patentpraxis erreichen.

Die Piratenpartei fordert, dass das Patentsystem grundlegend reformiert oder durch einen sinnvolleren Interessenausgleich zwischen Erfindern und Gesellschaft ersetzt wird. Keinesfalls darf es weiter durch innovationsfeindliche Regelungen ergänzt werden.



Abbau privater Monopole und Aufbau offener Märkte

Generell sind ein Abbau von Monopolen und eine Öffnung der Märkte erklärte politische Ziele der Piratenpartei.

Patente als staatlich garantiertes Verbietungsrecht stellen grundsätzlich eine Einschränkung der allgemeinen Wohlfahrt dar. Sie bedürfen somit einer ständigen Rechtfertigung und Überprüfung. Ausgleich für die Gesellschaft mehr erkennen lässt. Dem zunehmenden Missbrauch von Patenten will die Piratenpartei daher Einhalt gebieten. Die Patentierung von Trivialitäten oder die Blockade des Fortschritts durch Patente soll unter allen Umständen verhindert werden.

Stellt die Patentierung industrieller Güter in der Vergangenheit auch nach allgemeiner Ansicht eine weder belegbare, noch widerlegbare Erfolgsgeschichte dar, so haben sich doch die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Erfindens in der postindustriellen und globalisierten Gesellschaft grundlegend gewandelt. Der verstärkt internationale Wettbewerb führt darüber hinaus vermehrt zu einer zweckentfremdeten Nutzung des Patentsystems, die oft keinerlei Ausgleich für die Gesellschaft mehr erkennen lässt. Dem zunehmenden Missbrauch von Patenten will die Piratenpartei daher Einhalt gebieten. Die Patentierung von Trivialitäten oder die Blockade des Fortschritts durch Patente soll unter allen Umständen verhindert werden.

Patente in der Informationsgesellschaft

Wirtschaftlicher Erfolg ist in der Informationsgesellschaft zunehmend nicht mehr von einzelnen technischen Erfindungen, sondern von der Kombination einer Vielzahl von Erkenntnissen mit geringer Erfindungshöhe abhängig. Liegt das Verbietungsrecht für nur eine dieser Erkenntnisse in den falschen Händen, etwa bei der Konkurrenz oder bei einer auf Abmahnungen spezialisierten Anwaltskanzlei kann Innovation zu einem juristischen Spießrutenlauf und einem finanziellen Desaster werden.

Daher steht das Bestreben, diesen Bereich nun ebenso mittels des Patentsystems zu regulieren der Forderung der Piratenpartei nach Freiheit des Wissens und der Kultur der Menschheit diametral entgegen.

Die gute Entwicklung kleiner und mittelständischer IT-Unternehmen in ganz Europa hat beispielhaft gezeigt, dass auf dem Softwaresektor Patente völlig unnötig sind.

Die Piratenpartei lehnt Patente auf Lebewesen und Gene, auf Geschäftsideen und auf Software einhellig ab, weil sie unzumutbare und unverantwortliche Konsequenzen haben, weil sie die Entwicklung der Wissenschafts- und Gesellschaft behindern und weil sie gemeinsame Güter ohne Gegenleistung und ohne Not privatisieren.

Transparenz des Staatswesens

Wissen ist Macht - "Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus." (Art. 20 II GG) - nicht nur heute aber in unserer Zeit immer mehr ist Wissen unmittelbarer Machtgrundlage. Diese Macht steht in einer Demokratie dem ganzen Volke zu.

Der Einblick in die Arbeit von Verwaltung und Politik auf allen Ebenen der staatlichen Ordnung ist daher ein fundamentales Bürgerrecht und muss zum Wohle der freiheitlichen Ordnung entsprechend garantiert, geschützt und durchgesetzt werden. Vom "Prinzip der Geheimhaltung" zum "Prinzip der Öffentlichkeit"

Die aktuelle Lage in Deutschland wird bestimmt durch eine Vielzahl unterschiedlicher Regelungen auf den verschiedenen Ebenen und in den vielfältigen Bereichen staatlichen Handelns und nur wenig ist bisher vom "Prinzip der Geheimhaltung" zugunsten eines "Prinzips der Öffentlichkeit" verändert worden. Dies verdeutlicht auf treffende Weise die Weichenstellung für eine moderne Gesellschaft im 21. Jahrhundert, ganz besonders unter Berücksichtigung der weitreichenden Möglichkeiten der Neuen Medien.

Insbesondere für eine Bewertung politischer Entscheidungsträger ist es unabdingbar, dass die Grundlagen politischer Entscheidungen transparent gemacht werden.

Forderungen

Die Piratenpartei will in diesem Sinne auf die Transparenz aller staatlichen Prozesse hinwirken und fordert daher:

- Einsicht in Aktenvorgänge unter Berücksichtigung von Persönlichkeitsrechten und Belangen der nationalen Sicherheit.
- Regelmäßige Veröffentlichung von Organisations- und Aufgabenbeschreibungen, einschließlich Übersichten der Arten von Unterlagen, auf die zugegriffen werden kann, als auch einen jährlichen öffentlichen Bericht über die Handhabung des Auskunftsrechts.
- Weiter sollen staatliche Stellen die Nutzung freier Software forcieren, da diese alleinig eine "informelle" Abhängigkeit von wirtschaftlichen Interessen verhindert.



Unsere Kritik

Zwei negative Beispiele dafür sind:

- Die Geheimhaltung des Mautvertrages vor dem Souverän und seinen gewählten Vertretern.
- Die undemokratische Einführung von Wahlmaschinen, die geeignet ist das primäre Element der Demokratie, nämlich die Wahl selbst, zu beschädigen.

Open Access

Aus dem Staatshaushalt wird eine Vielzahl von schöpferischen Tätigkeiten finanziert, die als Produkt urheberrechtlich geschützte Werke hervorbringen. Da diese Werke von der Allgemeinheit finanziert werden, sollten sie auch der Allgemeinheit kostenlos zur Verfügung stehen. Tatsächlich ist dies heute selten der Fall.

Open Access in der Forschung

Die Publikationen aus staatlich finanziert oder geförderter Forschung und Lehre werden oft in kommerziellen Verlagen publiziert, deren Qualitätssicherung von ebenfalls meist staatlich bezahlten Wissenschaftlern im Peer-Review-Prozess übernommen wird. Die Publikationen werden jedoch nicht einmal den

Forschungseinrichtungen kostenlos zur Verfügung gestellt. Der Steuerzahler kommt also dreifach (Produktion, Qualitätssicherung, Nutzung) für die Kosten der Publikationen auf, während private Verleger den Gewinn abschöpfen. Wir unterstützen die Berliner Erklärung der Open-Access-Bewegung und fordern die Zugänglichmachung des wissenschaftlichen und kulturellen Erbes der Menschheit über das Internet nach dem Prinzip des Open Access. Wir sehen es als Aufgabe des Staates an, dieses Prinzip an den von ihm finanzierten und geförderten Einrichtungen durchzusetzen.

Open Access in der öffentlichen Verwaltung

Wir fordern die Einbeziehung von Software und anderen digitalen Gütern,

die mit öffentlichen Mitteln produziert wird, in das Open-Access-Konzept. Werke, die von oder im Auftrag von staatlichen Stellen erstellt wird, soll der Öffentlichkeit zur freien Verwendung zur Verfügung gestellt werden. Der Quelltext von Software muss dabei Teil der Veröffentlichung sein.

Dies ist nicht nur zum direkten Nutzen der Öffentlichkeit, sondern auch die staatlichen Stellen können im Gegenzug von Verbesserungen durch die Öffentlichkeit profitieren (Open-Source-Prinzip/Freie Software). Weiterhin wird die Nachhaltigkeit der öffentlich eingesetzten IT-Infrastruktur verbessert und die Abhängigkeit von Softwareanbietern verringert.

Infrastruktomonopole

Da die Kommunikation eine der Grundlagen für die heutige Gesellschaft ist, kann eine Monopolisierung der Kommunikationsinfrastruktur aus wirtschaftlichen Interessen nur skeptisch betrachtet werden. Zu jeder Zeit war ein Monopol auf Kommunikationsmittel ein bedeutender Machtfaktor, welcher oft genug mit dem Mittel der Zensur zum Machterhalt missbraucht wurde. Unmittelbar von der

Kommunikationsinfrastruktur hängen auch z.B. Bildung, Arbeitsplätze und das tägliche Informationsangebot ab.

- Wir wollen verhindern, dass Interessensgruppen aus der Wirtschaft unter dem Vorwand der freien Marktwirtschaft Infrastruktomonopole schaffen. Wir sehen in der Kommunikation ein ebenso wichtiges Bedürfnis des Menschen, wie das Atmen oder die körperliche Unversehrtheit.

- Das elektromagnetische Spektrum ist das heutzutage am intensivsten genutzte Trägermedium für die Telekommunikation. Entsprechend bringt ein offener Zugang zu dieser Ressource der Menschheit mehr als eine kurzfristige Vermarktung.

Alternative für den Bereich Kommunikation

Kommunikation ist in jeder Gesellschaft eine grundlegende Voraussetzung des Fortschritts und erfordert den freien Zugang für jedermann. Die heutige "Wissensgesellschaft" wäre ohne adäquate Kommunikationsmittel überhaupt nicht möglich oder vorstellbar. Jegliche Monopolisierung der Kommunikationsinfrastruktur, ob aus wirtschaftlichen oder politischen Aspekten, ist deshalb skeptisch, wenn nicht gar ablehnend zu betrachten. Dabei ist auch zu berücksichtigen, daß die Kontrolle dieser Medien immer schon einen bedeutenden Machtfaktor darstellte. Auch die jüngere Geschichte zeigt überdeutlich, dass durch Zensur oder gezielte Streuung manipulierter "Meinungen" Kommunikation

missbraucht werden kann.

- Wir wollen jegliche Gefahr von Ausgrenzung, Zensur oder Manipulation verhindern, indem wir den ungehinderten Zugriff auf Kommunikationsmittel mit dem Grundrecht auf Bildung gleichsetzen.

Vorschlag für Versorgungsinfrastruktur

Der Industriestandort Deutschland ist auf eine funktionierende Infrastruktur in den Bereichen Verkehr und Versorgung angewiesen. Wie u.a. die Leitungsausfälle bei wirtschaftlich starken Energieversorgern gezeigt haben, sind die Unternehmen nicht willens, diese Struktur in einem für die Allgemeinheit notwendigen Maße zu erhalten oder auszubauen.

Allein unter diesen Gesichtspunkten sollte von einer Privatisierung der Verkehrswege Abstand genommen werden. Eine Rückführung der Versorgungsnetze in staatliche Hand scheint deshalb geboten, eine Privatisierung noch unter hoheitlicher Aufsicht befindlicher Netze ist volkswirtschaftlich nicht wünschenswert.

Pressespiegel

TV

- 22.9.2006: Beitrag bei Polylux Teaser: "Die soeben gegründete Piratenpartei fordert das Grundrecht auf kostenlose Musik-Downloads".

Print

- 18.10.2006 jetzt.sueddeutsche.de - Die Piraten am Steuerrad - Umfrage in der Führungsmannschaft der Piratenpartei
- 15.09.2006 - Eine Seite Bericht zur Gründung in der Business News
- 12.09.2006 - Bericht über die Gründung der deutschen Piratenpartei in der Süddeutschen Zeitung
- 11.09.2006 - Bericht über die Gründung der deutschen Piratenpartei in der TAZ
- 07.09.2006 - Bericht über die deutsche Piratenpartei in der Thüringer Allgemeinen
- 04.09.2006 - Interview mit Jan Huwald in Jetzt

Radio

- 2006-09-09 - Interview über die Piratenpartei und Grundsatzfragen auf Radioeins mit Christof Leng auf Radioeins;
- 2006-08-29 - Interview über die Piratenpartei mit Samsemi im Zündfunk auf Bayern2;
- 2006-08-22 - Interview über Parteigründung mit Christof Leng auf StarFM (Berlin/Nürnberg);

Reine Onlineausgaben

- 2006-09-19 - Sind Raubkopien bald legal? - bild-t-online.de
- 2006-09-19 - Kurz korrigiert (265) bildblog.
- 2006-09-16 - Interview von Stefan Mauer mit Christof Leng über Gründung der Deutsche Piratenpartei auf zuender.zeit.de
- 2006-09-11 - englischsprachiger Bericht über die Gründung in arstechnica.com
- 2006-09-11 - Bericht über die Gründung auf www.n24.de
- 2006-09-09 - Bericht über die Gründung und kritische Betrachtung der Piratenbewegung auf futurezone.orf.at
- 2006-08-10 - Darstellung der internationalen Bewegung und der bevorstehenden Gründung der deutschen Partei auf sueddeutsche.de.
- 2006-07-23 - Die Piraten kommen! auf jetzt.sueddeutsche.de

Pressekontakt

Daniel Albert

Gschwend 40
87484 Nesselwang
Tel.: 08361 202301
Email: daniel.alert@piratenpartei-bayern.de